VOR DEN WAHLEN 2015

Frauen auf der Ersatzbank

In den neunziger Jahren holten die Frauen in den Räten tüchtig auf. Schliesslich stellten sie sogar die Mehrheit im Bundesrat. Doch der Schein trügt.

INTERVIEW: SUSAN BOOS

WOZ: Werner Seitz, Sie sind verantwortlich für die Statistik der Schweizer Politik. Wie steht es um die Präsenz der Frauen in der Politik?

Werner Seitz: Es herrscht Stagnation.

Geht der Frauenanteil in den Parlamenten nicht sogar leicht zurück?

Punktuell vielleicht, im Allgemeinen hat er sich aber – je nach Institution – zwischen einem Fünftel und einem knappen Drittel eingependelt. Die Frauen können ja erst seit 1971 an eidgenössischen Wahlen teilnehmen. In den ersten beiden Jahrzehnten stieg der Frauenanteil langsam, aber kontinuierlich an. In den neunziger Jahren fand dann ein beachtlicher Aufholprozess statt. Seit rund zehn Jahren ist dieser ins Stocken geraten.

Im Bundesrat hatten wir zeitweilig eine Frauenmehrheit. Wann werden wir das in den anderen Räten erleben?

Das lässt sich kaum sagen. Selbst wenn man bei einem Anteil von dreissig Prozent ist, ist nicht sicher, dass dies so bleibt.

Im Ständerat haben bei den letzten Wahlen die Frauen verloren. Warum?

In den neunziger Jahren war die Frauenförderung ein zentrales Thema, die Medien berichteten viel darüber. Und vor allem die FDP – die ja wie die SP eine Frauenstimmrechtspartei war – wollte mehr von ihren Frauen in die Parlamente und Regierungen reinbringen. Das hatte auch mit der Nichtwahl von Christiane Brunner zu tun.

Brunner kandidierte 1993 für die SP für den Bundesrat. Die Bürgerlichen sabotierten die Wahl und wählten Francis Matthey, der dann aber die Wahl nicht annahm, worauf Ruth Dreifuss gewählt wurde.

Zehn Jahre zuvor war ja dasselbe mit der Zürcherin Lilian Uchtenhagen passiert, die die erste Bundesrätin hätte werden sollen. Die Bürgerlichen wählten stattdessen den SP-Mann Otto Stich, der die Wahl annahm. Das löste bei den SP-Frauen Diskussionen aus. Diese Debatte fiel in eine Zeit, als die SP begann, sich von einer traditionellen patriarchalischen Arbeiterpartei zu einer Partei der Mittelschichten zu wandeln, die explizit auch eine Frauenpartei sein wollte. Deshalb war es dann 1993 auch nicht mehr möglich, dass Francis Matthey die Wahl annehmen konnte. Die SP hat übrigens dank der Frauen in der Folge bei den Wahlen massiv punkten können.

Wie ist das nun mit den Bürgerlichen und dem Brunner-Effekt?

Nach Christiane Brunners Nichtwahl kamen die Freisinnigen unter Druck, vermehrt ihre Frauen zu fördern. In den kommenden Jahren gab es relativ viele FDP-Regierungs- und -Ständerätinnen. In den Regierungen zog die FDP mit der SP fast gleich, im Ständerat stellte sie sogar eine Zeit lang die meisten Frauen. Nach 1999 aber ging im Ständerat die Zahl der FDP-Frauen von sieben auf zwei zurück. Damit sank der gesamte Frauenanteil, weil die SP die FDP-Verluste nur zum Teil kompensieren konnte und CVP und SVP selber nur wenige beziehungsweise gar keine Frauen im Ständerat stellten.

Warum verlieren denn die FDP-Frauen?

Das weiss ich nicht, denn in den kantonalen Regierungen konnte die FDP ihren Frauenanteil halten, auch im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten. Sicher spielt dabei mit, dass die Gleichstellungsfrage anderen Themen Platz gemacht hat. Der Druck ist nicht mehr so gross.

Also bräuchten wir doch Quoten?

Das ist wohl nicht das richtige Mittel, alle Quoteninitiativen sind deutlich gescheitert. Es hilft aber sehr, wenn die Medien das Thema nicht aus den Augen verlieren. Wie man bei SP und Grünen sieht, bringt es auch viel, wenn die Parteien auf ausgeglichene Geschlechtervertretung achten.

Bei den letzten Nationalratswahlen waren doch gerade die Frauen der Grünen die grossen Verliererinnen.

Die grünen Frauen haben vier Sitze verloren, doch muss man das differenziert betrachten. In drei Kantonen haben die Grünen je ihr einziges Mandat verloren, zwei davon waren Frauensitze.

In Zürich wurden zwei grüne Nationalrätinnen abgewählt und mit Balthasar Glättli ein neuer grüner Mann reingewählt.

Indem die Grünen Balthasar Glättli als Ständeratskandidaten aufstellten, verhalfen sie ihm zu zusätzlicher Medienpräsenz. Aus gleichstellungspolitischen Überlegungen aber hätte man in einer Situation, in der alle vier Bisherigen wieder antraten und zugleich ein Mandatsverlust drohte, wohl eine der beiden bisherigen Frauen als Ständeratskandidatin portieren müssen.

Wiederholen die Zürcher Grünen diesen Fehler, wenn sie jetzt Bastien Girod als Ständeratskandidaten aufstellen?

Es sieht so aus, wobei wohl noch nicht alle Spitzenkandidaturen feststehen. Es gibt zudem auch noch andere Möglichkeiten, Frauen zu erfolgversprechenden Auftritten zu verhelfen.

Helfen spezielle Frauenlisten?

Solche Frauenlisten hatten in den Neunzigern Hochkonjunktur. Die Berner SP wendet sie seit 1987 mit Erfolg an. Seit einiger Zeit ist die Frauenliste sogar stärker als die Männerliste. Aber bei den meisten bürgerlichen Parteien gingen die Frauen auf den Frauenlisten leer aus – sie wurden zu Wasserträgerinnen der Männer. Mittlerweile haben sie die Frauenliste aufgegeben.

Majorz und Proporz

Proporz: Das Proporzverfahren ist eine Verhältnis- oder Listenwahl, man wählt die Parteiliste und nicht einzelne Personen. Die Sitze werden dann nach der Reihenfolge der KandidatInnen auf der Liste verteilt.

Majorz: Im Majorzverfahren werden individuelle KandidatInnen gewählt. Die Mehrheit entscheidet, wer gewählt wird, die Minderheit wird nicht berücksichtigt.

www.civicampus.ch

Ist eigentlich das Majorz- oder das Proporzwahlsystem besser für die Frauen?

Man sagt allgemein, der Proporz sei frauenfreundlicher. Der Frauenanteil ist im Nationalrat wie in den Kantonsparlamenten, die im Proporzverfahren gewählt werden, von Anfang an kontinuierlich angestiegen. Anders bei den Ständerats- oder den Regierungsratswahlen, wo wenige Sitze nach dem Majorzverfahren vergeben werden. Die erste Frau schaffte erst 1983 den Sprung in eine Kantonsregierung. Allerdings hat eine einflussreiche Partei beim Majorzverfahren die Möglichkeit, gezielt Frauen in die Ämter zu bringen.

Wenn zum Beispiel eine Partei bei Regierungsrats- oder Ständeratswahlen eine Frau portiert, zwingt sie gewissermassen ihre Wähler und Wählerinnen, eine Frau zu wählen, weil sonst der Sitz an die gegnerische Partei geht.

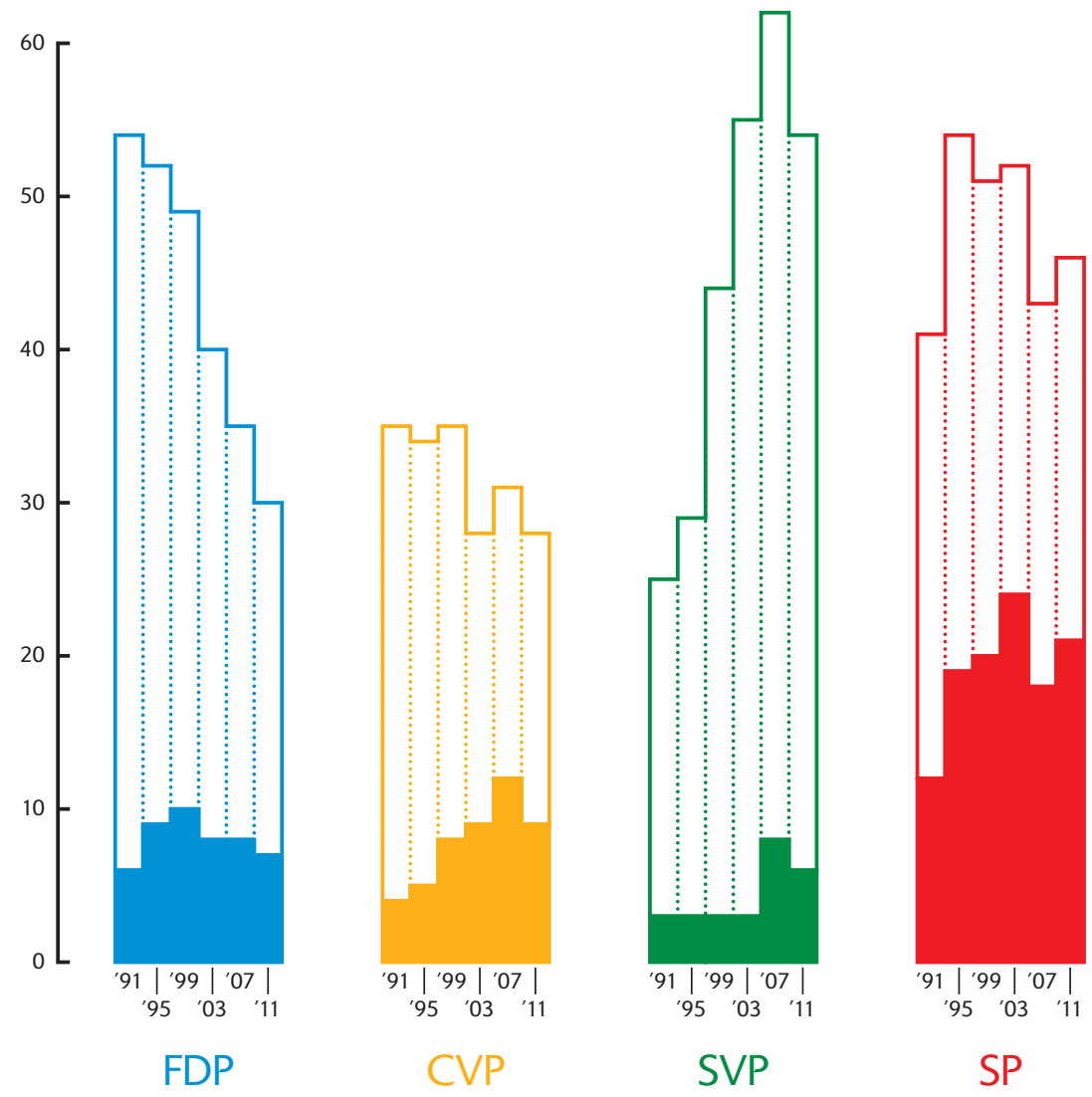
Sie waren Teil einer Expertengruppe des Europarats, die Massnahmen «für eine ausgeglichene Beteiligung der Frauen und Männer an den Entscheidungen in der Politik und im öffentlichen Leben» erarbeitet hat. Was kam dabei heraus?

Eines der Ergebnisse war, dass man den ganzen Wahlprozess zahlenmässig sichtbar machen muss. Es braucht gute Statistiken, sonst kann man nicht seriös über politische Gleichstellung reden. Da sind wir in der Schweiz inzwischen sehr gut aufgestellt.

Gibt es frauenfeindliche Parteien?

Man kann vereinfacht sagen: Je weiter rechts eine Partei ist, desto weniger Frauen schickt sie in Exekutive und Legislative.

Der Politologe Werner Seitz (60) leitet im Bundesamt für Statistik die Sektion Politik, Kultur, Medien.

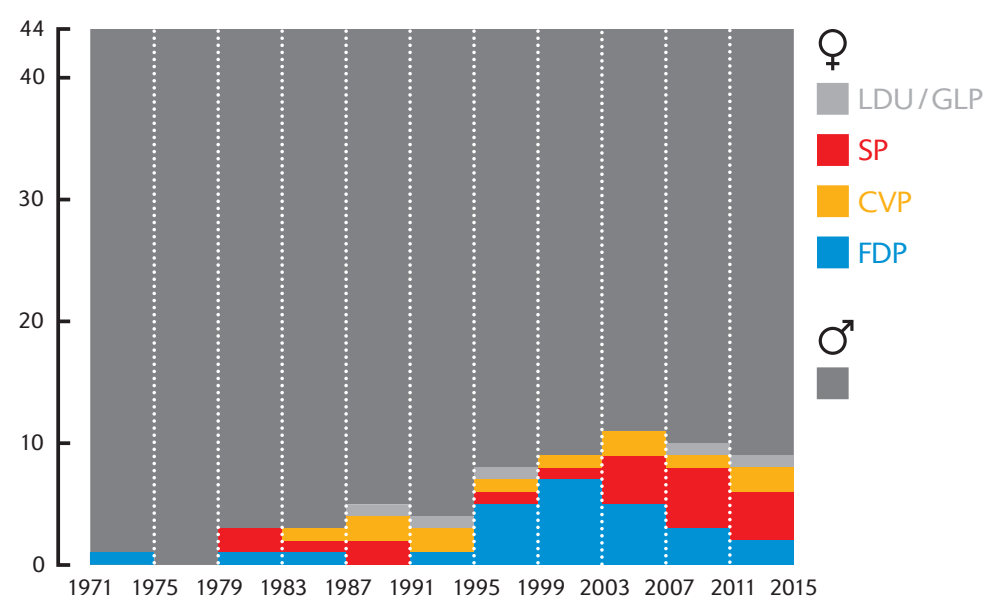


ZUM FRAUENTAG AM 8. MÄRZ

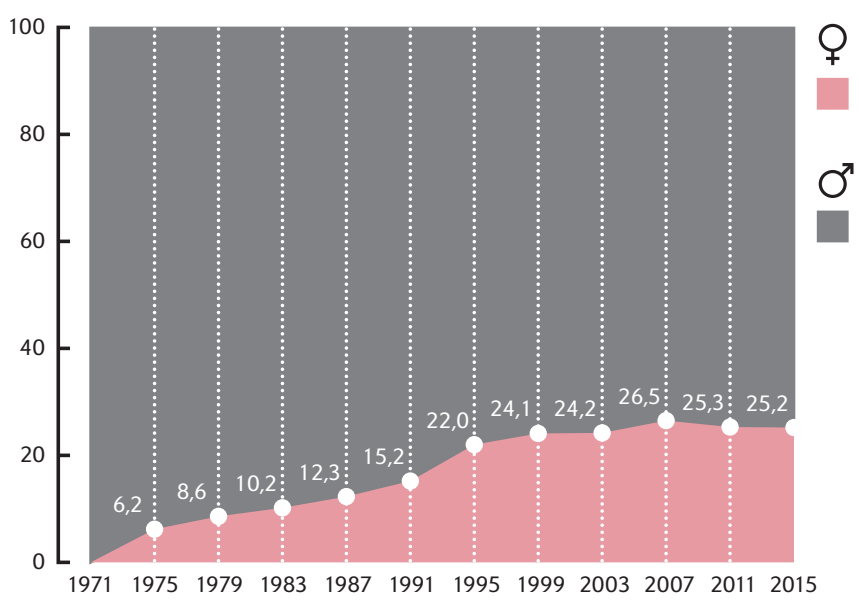
Frauen in der Politik: recht gut, rechts ung

Seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 stieg die Zahl der Frauen in
Mittlerweile stagniert sie. In den Kantonsparlamenten sieht es nicht bess
Warum ist das so? Die WOZ sprach mit Frauen von links bis rechts und m

Anteil Frauen im Ständerat: Sitzverteilung nach Parteien (1971–2011)

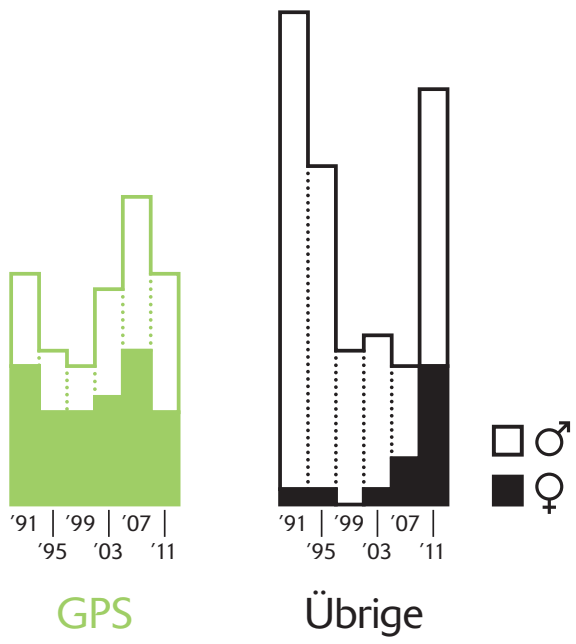


Anteil Frauen in Kantonsparlamenten in Prozent (1971–2011)



FDP
CVP
SP
SVP
GPS
BDP
Übrige

Anteil Frauen im Nationalrat: Sitzverteilung nach Parteien (1991–2011)



: Links genügend

n den Räten kontinuierlich an.
er aus.
it einem Politologen.

WAHLKAMPFSTRATEGIEN

Die Solidarität ist verschwunden

Der Frauenanteil in der Bundespolitik ist gesunken. Wie kämpfen die Politikerinnen um Listenplätze, Medienpräsenz und Budgets, damit sich das wieder ändert? Die WOZ hat mit Frauen verschiedener Parteien gesprochen.

VON NINA LAKY

Seit den letzten nationalen Wahlen 2011 sitzt sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat je eine Frau weniger. Die Rückeroberung dieser Sitze im Herbst 2015 sollte zuoberst in der Agenda parteiinterner Frauensektionen stehen, sollte man meinen. Doch die Politikerinnen geben sich zurückhaltend. Solidarität im Wahlkampf komme nicht infrage: «Wahlkampf ist Wahlkampf», sagt Anita Balz von den SP-Frauen.

Aber auch zwischen den Wahljahren gibt es wenig überparteiliche Zusammenarbeit. In der Gleichstellungspolitik gibt es kaum mehr Allianzen, obwohl die Frauensektionen der grösseren Parteien dieselben Probleme ansprechen: Die Lohngerechtigkeit muss gefördert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorangetrieben werden. Und man ist sich einig: Die Solidarität unter den Frauen – wie etwa 2002, als Frauen aus den fünf grössten Parteien zur Fristenregelung Ja sagten – ist verschwunden. Im Nationalrat werden zwei Drittel aller Geschäfte, die die Gleichstellungspolitik betreffen, von Frauen verfasst. Zwischen 1996 und 2011 wurden die Anliegen zu 67 Prozent von links eingereicht, von den Mitte-rechts-Frauen aber selten unterstützt.

Die linken Frauen müssen aufpassen

Politologin Sarah Bütikofer von der Uni Zürich findet die Sitzverluste der Frauen bedenklich, stellt aber auch fest: «Das Parteiensystem hat sich in den letzten Jahren stark polarisiert. Die Frauen haben bis 2007 immer mehr zugelegt, obwohl die SVP ihre vielen dazugewonnenen Sitze fast ausschliesslich mit Männern besetzt hat.»

Der Ton ist seit 2007 wieder rauer geworden. In den eigenen Parteien kämpfen Frauen um Listenplätze, Medienpräsenz und Budgets. Mit welchen Strategien können die Frauen wieder zulegen? Katharina Prelicz-Huber, Sprecherin der Grünen in Gleichstellungsfragen, sagt: «Unser Ziel ist eine Fifty-fifty-Fraktion. Wir haben eine entsprechende Empfehlung für die Listengestaltung in den Kantonen rausgegeben.» Es wird geraten, jenes Geschlecht zu fördern, das den Sitz nicht innehält. In gewissen Fällen sind es Männer, etwa wenn es um Sitze in der Schulpflege geht.

Anita Balz von den SP-Frauen macht sich keine Sorgen: «Die Frauenfrage – im Sinn einer paritätischen Vertretung – ist bei uns nicht das grösste Problem.» Der Frauenanteil im Nationalrat beträgt bei der SP 45,7 Prozent. Aber man dürfe nicht einschlafen, es sei viel schwieriger geworden, Frauen zu einer Kandidatur zu bewegen. «Die SP-Frauen bieten Monitorings und Medientrainings an. Für die Wahlen im Herbst haben wir für die Kantone eine Checkliste zusammengestellt. Wo es mehr Männer hat, sollen möglichst viele Frauen auf die ersten Listenpositionen.» Ein Instrument, um die verlorenen Frauensitze zu retten, wären Frauenlisten. Hier machte die SP Bern bereits gute Erfahrungen.

Manifest Lohngleichheit

Frauen verdienen immer noch fast zwanzig Prozent weniger als Männer – 33 Jahre nach dem Verfassungsartikel «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit».

Auf die Kundgebung zum Frauentag am Samstag, 7. März, in Bern hat eine breite Allianz ein Manifest zur Lohngleichheit aufgelegt, das innerhalb von drei Tagen bereits über 2500 Leute unterzeichnet haben.

www.lohngleichheitsmanifest.ch

«Der Vorteil von Frauenlisten ist, dass auch Frauen nachrücken, wenn eine Frau abgewählt wird», sagt Ursula Marti von der SP Bern. Das funktioniere jedoch nicht in allen Kantonen, vor allem nicht in den konservativ geprägten.

Nach den Wahlen 2011 rieben sich viele linke Frauen die Augen, als die Grünliberalen ihren Einzug in den Nationalrat mit 33 Prozent Frauen feierten. Sandra Gurtner-Oesch vom Frauennetzwerk der GLP sagt: «Ausgeglichene Listen sind wichtig, die vorderen Listenplätze sollten den Frauen gehören.»

Mitte-rechts tut sich kaum etwas

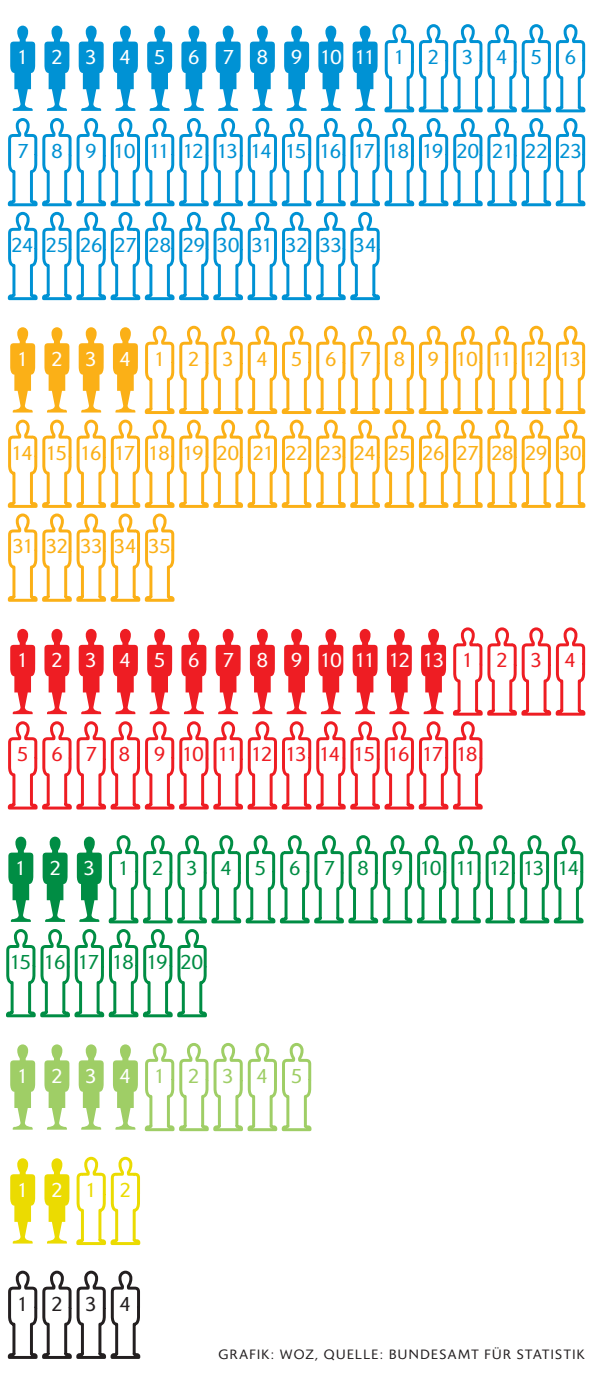
Ein Kuriosum ist die EVP mit ihren zwei Sitzen im Nationalrat. Frauenanteil: 100 Prozent. Ob das so bleiben wird, ist fraglich. Parteiintern sei das EVP-Frauennetzwerk Bern mit seinen Anträgen, etwa auf eine paritätische Listengestaltung, abgeblitzt. Die CVP-Frauen klagen, dass ihnen wenig Mittel zur Verfügung stünden. «Wir versuchen, Frauen zu motivieren, in den Kantonen Einfluss auf die Listengestaltung zu nehmen und die Frauen in die Medien zu bringen», sagt die Vizepräsidentin der CVP-Frauen, Madeleine Amgwerd.

Dass ein Alleingang der Frauen von Männern in der Partei nicht immer goutiert wird, davon können die FDP-Frauen ein Lied singen. Claudine Esseiva posierte 2011 oben ohne – allerdings mit abgedeckten Brüsten – für die Nationalratswahlen. Dafür wurde sie heftig kritisiert, aber «ich würde es sofort wieder tun», sagt sie heute. Für die FDP-Frauen ist klar, dass sie im Wahlkampf 2015 das Thema Lohngleichheit nicht der Linken überlassen. «Gerechte Löhne sind keine reine Gewerkschaftssache», sagt Esseiva. Einer Zusammenarbeit steht aber auch sie kritisch entgegen: «Die Themen müssten sich von Links-rechts-Schemen lösen.»

Diskussionen über die tiefen Parteigräben hinaus könnten sich am 7. März ergeben. In Bern demonstrieren Frauen von CVP bis Juso für «Lohngerechtigkeit jetzt!». Nur die SVP-Frauen fehlen. Demonstrieren sei ein linkes Instrument, und es gebe Frauen, die am Samstag in der Familie arbeiten müssten, sagt Judith Uebersax, Präsidentin der SVP-Frauen, und: «Ich kenne keinen Fall aus der Wirtschaft, der mir diese Lohnungleichheit hätte beweisen können oder der ganz konkret betroffen wäre.»

Nina Laky ist Mitglied der SP und der Juso und war Juso-Grossstadträtin im Luzerner Stadtparlament.

Regierungsrätinnen und Regierungsräte 2015



GRAFIK: WOZ, QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

SP-FRAUEN

Das Thema Gleichstellung ist zurück

Vor vier Jahren preschte eine Gruppe von jungen SozialdemokratInnen vor, um das Thema Gleichstellungspolitik neu zu besetzen. Das sorgte für einigen Ärger, ehe es überaus still um die Gruppe und das Thema wurde.

VON JAN JIRÁT

«Jungen Sozialdemokraten stinkt der Feminismus» und «Revolte gegen SP-Frauen» hiessen die Schlagzeilen vor vier Jahren, als sich eine Gruppe von jungen SP-PolitikerInnen aufmachte, das Thema Gleichstellungspolitik neu aufzurollen. Zwölf AutorInnen hatten ein Manifest für «eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik» für die SP Schweiz verfasst. Ihr Ziel war es, «Fragen der Gleichstellung nicht mehr aus der Perspektive der ‹diskriminierten, unterdrückten Frau› zu betrachten, die gegen den ‹patriarchalischen Mann› kämpfen muss, sondern gemeinsam», wie Koautorin Tanja Walliser damals in den Medien erläuterte. Das Thema Gleichstellungspolitik sollte nicht mehr nur von den SP-Frauen, einer eigenständigen Organisation innerhalb der Partei, die nur Frauen offensteht, gestaltet werden.

Aus der Verantwortung gestohlen

Diese Kampfansage via Medien wirbelte damals einigen Staub auf, besonders die attackierten SP-Frauen zeigten sich wenig erfreut. Die damalige Kopräsidentin der SP-Frauen, Maria Roth-Bernasconi, entgegnete der Gruppe: «Die SP-Frauen vertreten einen feministischen Ansatz, der die Diskriminierung an Frauen auf der strukturellen Ebene bekämpft.» Allein sie würden garantieren, dass «die Macht- und Umverteilungsfrage in der Gleichstellung immer wieder gestellt wird». Seither sind vier Jahre vergangen. Um die Gruppe und ihr Manifest ist es ruhig geworden.

«Die damalige Medienberichterstattung hat unser Anliegen etwas verzerrt», sagt Severin Toberer, der das Manifest vom Frühjahr 2011 mitverfasst hat. «Wir fanden, dass die Gleichstellungspolitik sowohl Frauen als auch Männer betrifft und das Thema deshalb gemeinsam angegangen werden muss.» Doch die eigentliche Adressatin ihrer Kritik sei die SP Schweiz gewesen, denn diese habe das Thema an die SP-Frauen delegiert und sich so aus der Verantwortung gestohlen. «Für uns war hingegen klar: Die Gleichstellung gehört ins Herz der sozialdemokratischen Politik», so Toberer.

> «Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ist noch immer frustrierend schwierig.»
>
> Min Li Marti, Zürcher SP-Gemeinderätin

Der 31-jährige Kommunikationsberater ist einer der wenigen Unterzeichnenden des damaligen Manifests, der bis heute innerhalb der SP Schweiz aktiv am Thema Gleichstellungspolitik mitarbeitet. «Nachdem sich die Aufregung gelegt hat, ist aus unserem Vorstoss heraus die Arbeitsgruppe Gleichstellung entstanden. Sie ist formal den SP-Frauen unterstellt, aber auch für Männer offen», sagt Toberer. Die AG sei eine bunt gemischte Gruppe mit einem harten Kern von fünf bis zehn Leuten, die sich seit zwei Jahren regelmässig austauschen und treffen. «Bis im Sommer wollen wir ein Positionspapier präsentieren, das die künftigen Weichen für die Gleichstellungspolitik der SP stellt.»

Mittlerweile einen guten Draht

Zurzeit ist die Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri mit ihrem Fokus auf gleichstellungs- und familienpolitische Fragen noch immer eine Ausnahme. Seit drei Jahren ist die 49-Jährige Präsidentin der SP-Frauen. «Nach den Anfangsschwierigkeiten haben wir mittlerweile einen sinnvollen und konstruktiven Weg eingeschlagen und einen guten Draht zueinander», sagt Feri. Auch sie erhofft sich vom Positionspapier neue Impulse. Es sei für sie klar, dass das Thema Gleichstellung in vielen Bereichen Frauen und Männer betreffe, weshalb die jetzige AG sinnvoll sei. «Aber die SP-Frauen sind deshalb noch lange nicht unnötig geworden. Es braucht ein Gefäss, in welchem Frauen- und Gleichstellungsthemen als Schwerpunkte bearbeitet werden», so Feri.

Neben dem Positionspapier gibt es weitere Anzeichen dafür, dass die Gleichstellungspolitik nicht mehr derart vernachlässigt wird wie in den letzten Jahren. «Im Kanton Zürich beispielsweise kommt Bewegung in die Debatte. Dort gibt es Leute wie die Historikerin und Feministin Natascha Wey, die das Thema in der Partei pushen», sagt Yvonne Feri. So habe Wey im letzten Monat in Bern, Basel und Zürich erfolgreiche Leseabende mit der bekannten deutschen Netzfeministin Anne Wizorek (siehe WOZ Nr. 6/15) organisiert.

«Das Thema Gleichstellung zieht wieder», stellt auch Min Li Marti fest, SP-Fraktionspräsidentin im Zürcher Gemeinderat. In den letzten zwei, drei Jahren hätten viele Frauen – und teilweise auch Männer – feministische Erweckungen gehabt, so Marti. «Lange Zeit glaubten wir, uns auf einem guten Weg zu befinden. Doch die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ist noch immer frustrierend schwierig.»